



Düsseldorfer Kommunalwahl- programm 2025

Am
14.09.2025
AfD
wählen!



AfD
Kreisverband
Düsseldorf





***Mit Augenmaß
und Verstand***

***zu Freiheit, Sicherheit
und Wohlstand***

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Düsseldorfer Mitbürger,

unsere Alternative für Deutschland (AfD) wirkt seit 2014 in kommunaler Verantwortung im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf und seit 2020 auch in zahlreichen Bezirksvertretungen. Die Düsseldorfer AfD Ratsfraktion hat in dieser Zeit als Oppositionspartei immer wieder erfolgreich Fehlentwicklungen sichtbar gemacht und angeprangert. Denn Düsseldorf hat sich in den letzten 10 Jahren keinesfalls nur positiv entwickelt, wie uns die etablierten Parteien und politischen Wettbewerber glauben machen wollen. Die Überfremdung steigt, der rheinische Charme verflüchtigt sich. Die Düsseldorfer Altstadt wurde zu einem kriminellen Hotspot. Übergriffe in Freibädern und Parks haben das Sicherheitsgefühl der Bürger immer wieder schwer erschüttert. Die Taten und Opfer sind real und keineswegs nur ein eingebildetes Gefühl!

Düsseldorf ist immer noch wirtschaftlich stark, aber die Verschuldung der Stadt steigt. Immer mehr ideologische „Luxus-Projekte“, wie Gender, Hitzeschutzpläne, Klimaprojekte oder eine neue Oper werden gefördert statt die marode Theodor-Heuss-Brücke, die in städtischer Verantwortung liegt, endlich durch einen Brückenneubau zu ersetzen. Ein gesunder Haushalt ist aber die Voraussetzung für eine lebenswerte und nachhaltig wachsende Stadt. Die Einwohnerzahl Düsseldorfs steigt seit Jahren massiv, aber Bevölkerungswachstum trägt nicht zwangsläufig zu mehr Wohlstand bei. Wenn nicht nur Fachkräfte kommen, sondern auch tausende Asylzuwanderer aus aller Herren Länder, stellt uns das alle zwangsläufig vor große Herausforderungen. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum ist hoch; die Infrastruktur – Verkehrswege, Kindergärten, Schulen, um nur einiges zu nennen – muss rasend schnell mitwachsen. Mit unserem Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 14. September 2025 stellen wir Ihnen unsere Ansätze für Düsseldorf vor.

Wir wollen, dass Düsseldorf attraktiv bleibt, für die Bürger, für Investitionen und Innovationen. Zunächst benötigen wir bezahlbaren Wohnraum, aber den wird es nicht geben, wenn der Asylzustrom kein Ende findet und tausende abgelehnter Asylbewerber weiterhin mit einer Duldung in Düsseldorf unterkommen. Tausende sind es allein in Düsseldorf, die die kommunale Ausländerbehörde schon längst hätte abschieben müssen. Doch noch nicht einmal 80 werden im Schnitt jedes Jahr abgeschoben. Stattdessen werden es ständig mehr, da Düsseldorf sich an Übererfüllungserklärungen, wie „Städte sicherer Häfen“ beteiligt, die sogar noch mehr Asylbewerber in die Stadt bringt, als dies gesetzlich vorgegeben wird. Auf diese Weise wird die Stadt immer voller, immer beengter und gerade für einkommensschwache Bürger steht kaum noch bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung.

Wir brauchen auch keine „Verkehrswende“, die ohne Bedarfsermittlung „Verkehrsexperimente“ auf Hauptverkehrsstraßen durchführt und eine Pkw-Nutzung erschwert, weil Radwege angelegt werden, die kaum oder gar nicht genutzt werden. Düsseldorf wurde im Stau-Ranking des Verkehrsdatenanbieters Inrix sogar unlängst zur neuen Stau-Hauptstadt Deutschlands. Eine Schande für unsere Landeshauptstadt! Auch generelles Tempo 30 reduziert nicht den Stadtverkehr, sondern bewirkt nur eine Verlangsamung, die zu Wettbewerbsnachteilen bei Wirtschaftsverkehren führt, welche dann eine Verlagerung von Industriebetrieben ins Um- oder Ausland begünstigt. Nur die AfD stellt sich der losgetretenen Parkraumvernichtung entschlossen entgegen. Neue Radwege dürfen nicht zur Beeinträchtigung von Fußgängern und Autofahrern führen. Der Autoverkehr stellt ohne jeden Zweifel und bei nüchterner Analyse der Zahlen das präferierte Verkehrsmittel der absoluten Mehrzahl der Düsseldorfer dar. Rekorde bei den Pkw Zulassungszahlen belegen das.

Der Aus- und Neubau der Schulen muss fortgesetzt werden, allerdings ohne die teuren „Goldstandards“, die bei Dämmung, Begrünung und Ausstattung mit Photovoltaik die Baupreise explodieren lassen.

Das digitale Defizit der Stadt muss behoben werden, um die Verwaltung der Stadt moderner und bürgernäher zu machen.

Düsseldorf wurde in der sogenannten „Corona-Zeit“ unverhältnismäßigen Schikanen und Zwangsmaßnahmen unterworfen. Der anmaßende und bevormundende Gedanke, die Gesundheit der Bürger per Zwangsimpfung und 2G zu schützen, wurde auch in der Landeshauptstadt exzessiv verfolgt. Vollkommen evidenzlos wurden Steuergelder in Millionenhöhe für wirkungslose Maßnahmen wie Masken, Tests und Lüftungsanlagen in Schulen und öffentlichen Gebäuden verschwendet. Neben der nutzlosen Verwendung von öffentlichen Geldern wurde durch Schließungen, Ausgangssperren und G-Regelungen der Wirtschaftsstandort samt Arbeitsmarkt massiv geschädigt. Die AfD hat sich auch in Düsseldorf diesen Zwangsmaßnahmen konsequent entgegengestellt. Unser Versprechen: Mit uns in verantwortlicher Position wird es in Düsseldorf keine Lockdowns, Maskenpflichten und Zwangsimpfungen geben.

Wir sind bereit und wollen unter Beweis stellen, dass Düsseldorf bei uns **„Mit Augenmaß und Verstand zu Freiheit, Sicherheit und Wohlstand“** in den richtigen Händen liegt. Wir freuen uns über Ihr Vertrauen und Ihre Stimme. Gerne nehmen wir auch Ihre Fragen und Anregungen entgegen.

Mit alternativen Grüßen

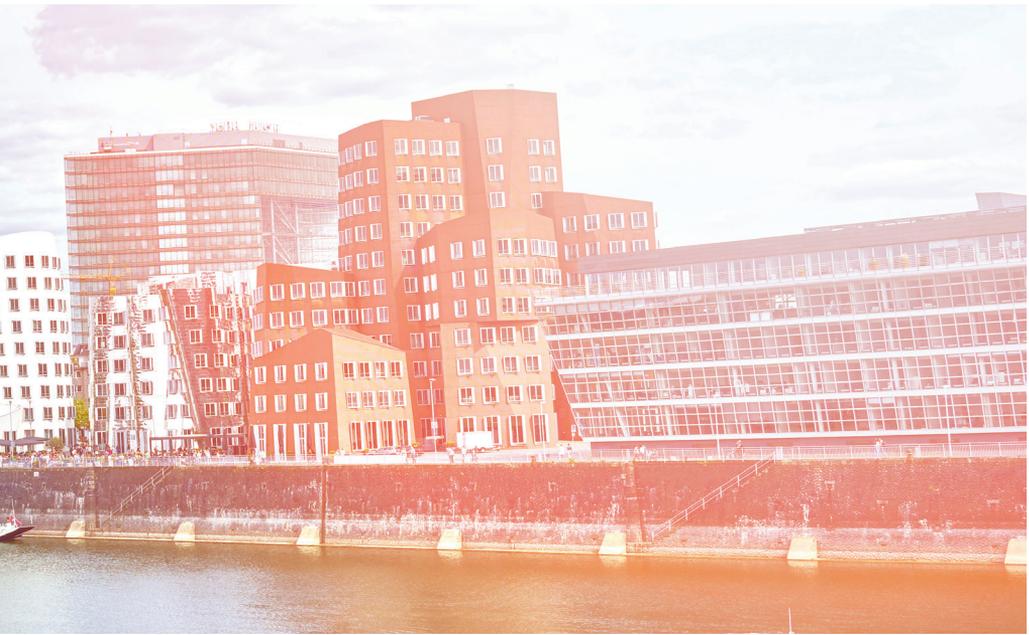
Ihr Elmar Salinger
Sprecher AfD Kreisverband
Düsseldorf





Inhalt

Zuwanderung - Integration - Assimilation.....	9
Asyl.....	10
Abschiebungen abgelehnter und krimineller Asylbewerber	10
Reduzierung der Anreize für „Wirtschaftsmigranten“	11
Islamisierung stoppen	12
Kriminalität und Sicherheit	13
Ordnung und Sauberkeit	14
Infrastruktur, Verkehr und ÖPNV.....	15
Finanzen und Steuern.....	18



Bezahlbares Bauen und Wohnen	19
Deindustrialisierung stoppen - Wirtschaft stärken	21
Soziales, Arbeit und Familie	22
Gesundheit	23
Umweltschutz und Energie	23
Bildung, Schulen und Kitas	25
Sport	27
Kultur – ohne Gender-Gaga	28
Der Meilenstein ZGC: Weiterentwicklung der „Bergischen Kaserne“	30
Politik für die Düsseldorfer Stadtteile	32



Unsere politischen Kernthemen

für Düsseldorf

Zuwanderung - Integration - Assimilation

Wir sind offen für eine kontrollierte Zuwanderung von Menschen, die mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung gute Chancen haben, sich in unserem Arbeitsmarkt einzufügen und sich selbst finanzieren zu können. Jegliche Art von Versorgungsmigration lehnen wir ab. Die seit 2015 stattfindende unkontrollierte Massenmigration ist die Mutter der zurzeit existierenden Vielzahl an Krisen.

Bei der Integration sehen wir die Zuwanderer in der Pflicht. Eine unabdingbare Voraussetzung für ein harmonisches und konfliktfreies Miteinander ist die Akzeptanz der deutschen Kultur als Leitkultur und die Kenntnis der deutschen Sprache. Wir unterstützen alle neuen Bürger von Düsseldorf dabei, unsere Sprache zu lernen und unsere verbindenden Werte kennenzulernen. Ein offenes und respektvolles Miteinander zwischen Menschen verschiedener Kulturen kann gelingen, wenn im Rahmen einer gesunden Sensibilität die Regeln, Traditionen und Werten unserer Gesellschaft akzeptiert werden. Echte und umfangreiche gesellschaftliche Teilhabe ist aber nur bei gelungener Integration möglich. Am Ende dieses Prozesses steht für alle dauerhaft in Düsseldorf lebenden Menschen mit Migrationshintergrund das kulturelle Aufgehen in der deutschen Gesellschaft statt das Leben in einer Parallel- oder Gegengesellschaft.

Die Realität in Düsseldorf sieht zumindest in Teilen anders aus: Wirklichkeitsfremde Vorstellungen, fast schon unterwürfige Toleranz und immer mehr politische Zugeständnisse statt der simplen Frage nach dem Beitrag der Migranten zur Integration (Bringschuld) führen zu ethnischer Segregation.

Asyl

Die AfD bekennt sich zum Recht auf Asyl im Sinne des Grundgesetzes. Sie kritisiert jedoch, dass das Asylrecht gesetzeswidrig zu einem Instrument für massenhafte unkontrollierte Einwanderung umfunktioniert worden ist. Das von Altkanzlerin Angela Merkel propagierte „Wir schaffen das“ ist gescheitert. Die AfD ist seit Jahren und auch heute nicht bereit, diesen Zustand hinzunehmen und tritt auf allen politischen Ebenen, auch auf kommunaler Ebene, für sofortige Korrekturen dieser Fehler und gegen einen weiteren Missbrauch des Asylrechts ein. Asyl ist und bleibt ein Schutz auf Zeit!

Keine weitere Umwandlung von Hotels o.ä. in Flüchtlingsunterkünfte.

Auf Grundlage der Regelung im Asylbewerberleistungsgesetz können Asylbewerber zu Arbeit verpflichtet werden. Dazu heißt es im §5 (4): „Arbeitsfähige, nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die nicht im schulpflichtigen Alter sind, sind zur Wahrnehmung einer zur Verfügung gestellten Arbeitsgelegenheit verpflichtet.“ Wir fordern daher die umgehende Umsetzung dieses Gesetzes für alle entsprechenden Asylbewerber in Düsseldorf.

Abschiebungen abgelehnter und krimineller Asylbewerber

Düsseldorf ist wie auch viele andere Städte und Gemeinden in NRW nach § 1 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) verpflichtet, ausländische Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen. Das bedeutet aber auch, dass die gesetzeskonforme Abschiebung abgelehnter Asylbewerber zügig und umfassend erfolgen muss. Allein in Düsseldorf sind mittlerweile tausende abgelehnte Asylbewerber mit Duldung untergebracht. Im Jahr 2023 erfolgten lediglich 71 Abschiebungen. Ähnlich niedrige Zahlen bestimmen die derzeitige Lage. Sofern keine freiwillige Ausreise nach vollziehbarem Bescheid des BAMF er-

folgt, hat die kommunale Ausländerbehörde für die Beendigung des Aufenthalts zu sorgen. Abschiebungen sind kommunale Angelegenheit.

Düsseldorf muss insbesondere ein Interesse daran haben, dass straffällig gewordene Asylbewerber umgehend die Stadt und natürlich auch das Land verlassen. Wer das Asylrecht für Straftaten nutzt, hat jegliche Toleranz verspielt. Eine zusätzliche finanzielle Belastung unserer Kommunen durch eine Vollversorgung in Gefängnissen ist nicht hinnehmbar. Seit 2015 hat allein die Landeshauptstadt Düsseldorf mehr als 900 Millionen Euro für die Flüchtlingsunterbringung und -versorgung aus der Stadtkasse gezahlt. Die Schieflage der kommunalen Ausländerbehörde muss korrigiert werden, damit aus dem Amt für Migration und Integration mitsamt einer Migrationsbeauftragten eine effiziente Behörde mit einem „Abschiebekoordinator“ entsteht. Die AfD fordert eine Beendigung der Duldungspraxis ausreisepflichtiger und krimineller Ausländer durch kommunale Ausländerbehörden.

Reduzierung der Anreize für „Wirtschaftsmigranten“

Die Einwanderung in unser Sozialsystem durch sogenannte „Wirtschaftsmigranten“ muss gestoppt werden. Gemäß Asylbewerberleistungsgesetz muss eine Versorgung mit Sachleistungen statt Geldleistungen erfolgen. Die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber wäre ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch keine ideale Maßnahme. Auch bei einer Bezahlkarte besteht die Gefahr, dass Koppelgeschäfte zur Auszahlung hoher Geldleistungen führen, die dann per gängigen Finanztransaktionsdiensten ins Ausland abgeführt werden, so weitere Fehlanreize bilden und zur missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts führen. Auch Gesundheitskarten bringen keine Entlastung für die Verwaltung, sondern erhöhen die Kosten für die medizinische Versorgung von Asylbewerbern deutlich. Deshalb muss

zum Verfahren der Behandlungsbewilligung zurückgekehrt werden. Sämtliche Integrationsmaßnahmen sind durch Fortbildungsmaßnahmen zu ersetzen, die die Migranten auf ihre Rückkehr in ihre Heimatländer vorbereiten.

Die AfD spricht sich gegen die Selbstdeklaration Düsseldorfs zu einem „sicheren Hafen“ für Migranten aus. Die Humanität unserer Stadt muss nicht noch durch zusätzliche Locksprüche betont werden, die jedem Migranten das Paradies versprechen.

Die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens liegt beim Ersteinreiseland in die EU. Die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten im Rahmen des Asyl- und Aufenthaltsrechts fällt somit nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen.

Islamisierung stoppen

Die islamische und unsere abendländische, christliche Kultur sind grundverschieden. Insbesondere der politische Islam widerspricht unserer freiheitlichen Lebens- und Staatsform. Die AfD achtet die Religionsfreiheit, sagt aber deutlich: Der Islam gehört nicht zu Deutschland und die Scharia ist nicht in unsere Gesellschaft integrierbar. Es ist unsere staatsbürgerliche Pflicht, die freiheitliche demokratische Grundordnung und unsere einheimische Kultur vor dieser Gefahr zu schützen. Maßgeblich sind unsere Regeln und Gesetze. Rechtsprechung hat durch unabhängige, staatliche Gerichte zu erfolgen und nicht durch selbsternannte Clan- und Friedensrichter. Sonderrechte wie z.B. spezielle Badezeiten für Muslime in öffentlichen Schwimmbädern lehnen wir kategorisch ab.

Kommunale Steuergelder für religionsbezogene Bauten, wie zum Beispiel Minaretten, sind nicht zu bewilligen und baurechtliche Sondergenehmigungen dafür zu verweigern. Die Unterstützung von ver-



fassungsfeindlichen Religionsgemeinschaften durch finanzielle Förderung, verbilligte Überlassung von Grundstücken oder vereinfachte Genehmigungen lehnt die AfD ab. Diese Praxis muss sofort beendet werden. Der Genehmigung lautsprecherverstärkter öffentlicher Gebetsrufe in unseren Städten und Gemeinden werden wir mit allen rechtlich zulässigen Mitteln entgegentreten. Jeder Versuch, die Regeln der Scharia in öffentlichen Bereichen auszuleben, wird von uns entschieden untersagt.

Die AfD wendet sich strikt gegen die Gründung von Auslandsschulen anderer Staaten in unseren Kommunen, in denen Ideologien verbreitet werden, die mit dem Wertekanon des deutschen Grundgesetzes nicht vereinbar sind.

Wir lehnen die Verwendung städtischen Gelder (Steuergelder) zur Finanzierung und Förderung der islamischen Kultur und Religion ab.

Alle antisemitischen und homophoben Vorfälle in Düsseldorf sollen durch die städtische Verwaltung dokumentiert und analysiert werden. Im Besonderen soll dargestellt werden, welcher Art diese Vorfälle sind und welche Personen (-gruppen) konkret dafür verantwortlich sind.

Kriminalität und Sicherheit

Eine mittlerweile auch von Experten unbestrittene Folge der unkontrollierten Zuwanderung ist die überproportional gestiegene Kriminalität durch Migranten. Auch das, in Umfragen bestätigte, subjektive Gefühl der Bürger nicht nur in Düsseldorf bestätigt dies. Von 2019 bis 2023 stieg in Düsseldorf die Zahl im Bereich „Sonstige Raubüberfälle auf Straßen, Wegen und Plätzen“ um 74,2 %. Dies wird jedoch von den regierenden Politikern ignoriert und verharmlost. Erst seit 2015 existiert in unserem Land das Phänomen der ansteigenden Messergewalt.

Weite Teile der Bevölkerung meiden mittlerweile die nächtliche Altstadt. Weitere Kriminalitätsschwerpunkte sind der Bahnhof und der Worringer Platz. Hier hat die Drogenszene ihr Zentrum. Eine ständige Präsenz der Polizei und der Ordnungskräfte kann aber nicht überall geleistet werden und sollte auch nicht die Lösung sein. Es kann nicht sein, dass die Polizei immer mehr Probleme aufgehalst bekommt, die durch eine fahrlässige Politik der letzten Jahre geschaffen wurde. Es droht die Verfestigung von No-Go-Areas. Die AfD tritt für die konsequente Anwendung aller strafrechtlichen Mittel ein und kritisiert die herrschende „Kuscheljustiz“. Öffentlichkeitswirksame, jedoch in der Sache wirkungslose Maßnahmen wie z.B. die Einführung von Messerverbotzonen führen zu nichts. Der zusätzliche Einsatz von Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten wird unterstützt.

Ordnung und Sauberkeit

Die meisten Düsseldorfer schätzen ein geordnetes und lebenswertes Wohnumfeld. Oft wird jedoch das Erscheinungsbild von ganzen Wohnvierteln durch Vermüllung, Vandalismus und Hundekot beeinträchtigt. Solches Fehlverhalten wird meist nicht hinreichend verfolgt, während es erhebliche Kosten verursacht. Hinzu kommt das achtlose Wegwerfen z. B. von Kippen, Kaugummis und anderen Gegenständen, die die öffentlichen Wege verschmutzen und die Kosten für die Straßenreinigung erhöhen. Auch Graffiti stören oft das Auge an öffentlichen Plätzen und verunstalten ganze Fassadenzüge. Die AfD wird dieser Verwahrlosung entgegenzutreten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schmierereien, die illegale Anbringung von Aufklebern und Plakaten, die mutwillige Verschmutzung des öffentlichen Raumes und die Zerstörung von Gemeinschaftseigentum wirksam bekämpft werden. In Härtefällen werden wir Haus- und Grundstückseigentümer bei der Beseitigung solcher Beschädigungen an ihrem Eigentum unterstützen. Auch zunehmender Rattenbefall infolge der achtlosen Entsorgung von verderblichem Hausmüll

im Umfeld von Hochhaussiedlungen und in Parks ist nicht länger hinnehmbar.

Einer überbordenden Gänsepopulation mit massiver Verkotung unserer innerstädtischen Parks muss ebenfalls entgegengewirkt werden, so dass auch über eine gezielte Bejagung nachgedacht werden muss. Fütterungen der Gänse sind konsequent zu unterbinden und zu ahnden.

Die Pflege der städtischen Grünflächen entlang der Straßen muss deutlich verstärkt werden. Bei jedem einzelnen Hausbesitzer muss das Bewusstsein und die Bereitschaft gestärkt werden, auch selbst wieder für mehr Sauberkeit und Ordnung vor seiner Haustür zu sorgen.

Im Innenstadtbereich und am Bahnhof muss Bettelerei und öffentliches Campieren oder Nächtigen verboten werden. Unser Stadtbild muss attraktiver werden. So schaffen wir Anreize für Investitionen und Tourismus. Der Bahnhof sollte die Visitenkarte unserer Stadt sein. Aber in dem jetzigen Zustand müssen wir Düsseldorfer uns für ihn schämen.

Infrastruktur, Verkehr und ÖPNV

Die AfD steht für ein modernes Mobilitätskonzept, bei dem sich der Individualverkehr und der öffentliche Personennahverkehr sinnvoll ergänzen. Wir stehen ein für eine Verkehrspolitik, die sich an den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer orientiert und aktiv an die Entwicklung der Gesellschaft anpasst. Dafür bedarf es valider Bedarfsermittlungen und keine ideologisch-motivierte „Verkehrswende“, die mit der Brechstange durchgedrückt wird. Innovativen Konzepten privater Anbieter, wie z.B. E-Scootern und Carsharing-Angeboten ebenso wie nachhaltigen Logistikkonzepten stehen wir offen gegenüber.

Im Fall kommerzieller E-Scooter muss in Düsseldorf allerdings regulierend eingegriffen werden, damit diese nicht weiterhin das Stadtbild verschandeln.

Was Google kann, müssen wir auch können: Wir wollen ein allgemeines Datentool für alle Verkehrsdienstleister in Düsseldorf schaffen, in dem transparent dargelegt wird, wie vorhandene Bewegungsdaten aus Telekommunikationsdatensätzen sinnvoll verwendet werden, um diese anonymisiert durch die Stadt für die Verkehrsplanung zu nutzen. Nur so gewinnen wir valide Erkenntnisse hinsichtlich der Mobilität der Düsseldorfer und der Besucher der Stadt.

Der AfD ist die Bedeutung attraktiver und lebendiger Innenstädte nachdrücklich bewusst. Wir setzen uns daher für einen vielfältigen Einzelhandel in den Innenstädten ein und stehen den lokalen Händlern zur Seite. Die Dauerbaustellen auf der Friedrichstraße und auch auf der Kasernenstraße sind Musterbeispiele dafür, wie eine florierende gewerbliche Infrastruktur in die Knie gehen kann. Denn zu attraktiven Angeboten gehören auch ausreichende und günstige Parkplätze. Der Individualverkehr in den Städten darf nicht weiter eingeschränkt werden! In Düsseldorf registrieren wir eine erhebliche Verknappung von Parkmöglichkeiten, die im Rahmen einer deklarierten „Verkehrswende“ auch beabsichtigt ist. Dies bezeichnen wir als Parkraumvernichtung und lehnen solche ersatzlosen Parkplatzstreichungen strikt ab. Mit der AfD wird es auch keine weitere Erhöhung der ohnehin hohen Parkgebühren in der Düsseldorfer Innenstadt geben.

Die AfD befürwortet den Ausbau von Quartiersgaragen, da sie auf dauerhaftes Parken ausgelegt sind. Diese reduzieren die Parkplatzsuchfahrten und tragen dazu bei, den öffentlichen Raum vom ruhenden Verkehr zu entlasten. Die Aufenthaltsqualität in Wohnquartieren wird hierdurch deutlich erhöht. Sinnvolle Ergänzungen wie Postdepots mit Packstationen, um den Lieferverkehr im Quartier zu reduzieren, oder Car-Sharing Stellplätze sind im Zuge des städtischen Ausbaus von Quartiersgaragen zu befürworten.

Anwohnerparken im öffentlichen Raum soll im Rahmen der grünen „Verkehrswende“ unattraktiv gemacht werden. Anwohnerparken könnte je nach Wohnort und Tarif statt jährlich 25 Euro auf einmal bis zu 360 Euro kosten. Teure Anwohnerparkausweise lehnt die AfD deshalb ab.

Radschnellwege oder Radleitrouten ohne echte Bedarfsermittlung zu planen und zu realisieren ist leichtfertig verschwendetes Steuergeld. Sie stellen insbesondere dann ein Ärgernis dar, wenn realistisch betrachtet nur 500 bis 2.000 Radfahrer diese Strecken pro Tag fahren, da die durchschnittlich zurückgelegten Wege auf dem Rad in Stadt kaum länger als 5 Kilometer sind. Da stehen die Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen. Vor diesem Hintergrund lehnt die AfD auch sogenannte „Verkehrsexperimente“ ab, die in den Sommermonaten stattfinden und denen ganze Pkw-Fahrspuren zum Opfer fallen. In den nasskalten, dunklen Wintermonaten sucht man die Radfahrer auf den neuen Radleitrouten dann mit der Lupe. Die hiermit einhergehende Parkraumvernichtung lehnt die AfD strikt ab.

Im Interesse aller Nutzer des ÖPNV fordern wir eine Vereinfachung des Tarifsystems für Busse und Bahnen. Die Attraktivität des ÖPNV muss im Hinblick auf eine moderne Stadtmobilität deutlich erhöht werden. Auf E-Mobilität mit Elektrobussen soll im ÖPNV so lange verzichtet werden, bis diese Fahrzeuge bezüglich Ökologie, Kosten, Sicherheit und Zuverlässigkeit wettbewerbsfähig zu Bussen mit den modernsten Verbrennungsmotoren sind. Brände von Elektrofahrzeugen haben in der Vergangenheit zu schweren Verwüstungen in Busdepots geführt.

Finanzen und Steuern

Damit Düsseldorf weiter in die Zukunft investieren kann, muss die Stadt wirtschaftlich gut dastehen, ihre industrielle Basis erhalten und vor allem schuldenfrei bleiben. Wir investieren gerne in unsere Zukunft, unsere Familien, unsere Kinder also in Kindergärten, Schulen und nachgelagerten Ausbildungsstätten. Die Schuldenfreiheit ist nach vielen Jahren aber auch in Düsseldorf nicht mehr gegeben, gleichwohl für uns von essenzieller Bedeutung. Unsere politischen Wettbewerber wollen teure Wahlgeschenke – wie eine neue Oper – mit Schulden finanzieren, aber verheimlichen die künftigen Kosten für den Bürger. Denn egal wie günstig Kredite zu haben sind – sie werden zurückbezahlt werden müssen.

Niedrige Gewerbesteuersätze können wichtige Wachstumsimpulse an die Wirtschaft in unserer Stadt senden. Die vorhandene Wirtschaftskraft Düsseldorfs ist auch Ergebnis einer maßvollen Steuerpolitik. Wir werden keine Steuern erhöhen und keine neuen Steuern schaffen. Eine Erhöhung der durch die Landeshauptstadt Düsseldorf als verantwortliche Kommune festzulegenden Hebesätze als Bestandteil der Berechnung für die von Immobilieneigentümern zu zahlende Grundsteuer lehnt die AfD ab.

Wir wollen das Management der städtischen Beteiligungen weiter professionalisieren. Wir treten dafür ein, durch das konsequente Stärken betriebswirtschaftlicher Grundsätze und Methoden – z.B. Controlling und Prozessoptimierung – die Effizienz in den Unternehmen mit städtischer Beteiligung zu erhöhen. Wir gehen davon aus, dass dadurch Qualitätsverbesserungen ohne Kostensteigerungen oder Kostensenkungen bei gleichbleibender Qualität in beträchtlichem Umfang erreicht werden können.

Bezahlbares Bauen und Wohnen

Die AfD will, dass Düsseldorf eine Stadt bleibt, in der Menschen jeder Einkommensklasse Wohnraum finden können. Infolge der jahrelangen unkontrollierten Massenmigration herrscht nicht nur in Düsseldorf ein akuter Wohnungsmangel mit drastisch gestiegenen Mieten. Für viele ist ein Wohnungswechsel innerhalb der Stadt kaum mehr erschwinglich und führt eher zu einer Verschlechterung der Wohnverhältnisse. Den gestiegenen Mietkosten mit Mietpreisdeckelung zu begegnen, ist wiederum nur Symptompolitik. Abschieben von abgelehnten Asylbewerbern, die lediglich eine Duldung haben, schafft Wohnraum und damit auch sinkende Mietpreise.

Leerstände müssen ohne Verzug abgebaut werden. Wir sind gegen eine bürokratische Verwaltung der zum Teil seit Jahren leerstehenden Flächen. Es muss mit Nachdruck einem nicht hinnehmbaren Leerstand entgegengewirkt werden.

Ständig neue Vorschriften und Gesetze und die Übertragung vieler Ausführungsaufgaben über Internet-Portale an die Bürger bedeuten Alltagsstress und ein komplexes Selbstmanagement. Das betrifft auch die Genehmigung von Bauvorhaben. Viele Vorhaben werden durch ein Gestrüpp von Verfahrensvorschriften unnötig verzögert und verteuert. Bauämter dürfen sich aber nicht zu Bauverhinderungsbehörden entwickeln. Private Initiative im Baubereich muss gefördert, nicht behindert werden!

Die AfD setzt sich dafür ein, dass Genehmigungsprozesse optimiert und die Bauvorschriften auf das notwendige Maß reduziert werden. Bauen muss wieder einfacher und preisgünstiger werden.

Wir werden in Düsseldorf stadtteilbezogen prüfen, inwieweit Nachverdichtungen des Wohnraums möglich sind und dabei prüfen, inwieweit stadtplanerisch eine Aufstockung von bestehenden Gebäuden realisierbar ist. Die Höhen- und Etagenbegrenzung bei Neubauten

wollen wir lockern, wenn dies sozial und stadtplanerisch in Stadtteilen geboten erscheint. Bei Neubauprojekten wollen wir die Schaffung von Tiefgaragen bzw. auch „Hochgaragen“ nach japanischem Vorbild forcieren. Sie schaffen zusätzlichen Parkraum, der nicht zulasten anderer Flächen geht.

Die Düsseldorfer Bürger schätzen ein schönes und lebenswertes Wohnumfeld. Zunehmend wird jedoch alte Bausubstanz durch architektonisch einförmige, energie- und wohnraumeffizientere Gebäude ersetzt. Dies zerstört vielfach das individuelle und gewachsene Stadtbild. Die AfD setzt sich für den Erhalt gewachsener Stadtbilder ein, in denen sich die Bürger wohlfühlen und mit denen sie sich identifizieren können.

Der Umwandlung von Industriearealen in Wohn- oder Künstlerquartiere muss mit Umsicht erfolgen. Eine Befreiung vom Bebauungsplan führt ansonsten zwangsläufig zu einem Verlust der gewerblichen bzw. industriellen Basis, die letztlich den Wohlstand der Stadt erwirtschaftet. Neue Bauvorhaben gilt es zu fördern: Befreiungen von Bestimmungen veralteter Bebauungspläne ist zuzustimmen, wenn diese städtebaulich vertretbar sind und Kosten und damit Preise/Mieten senken.

Kleingartenanlagen sind Rückzugsorte für Düsseldorfer ohne eigenen Garten und dienen dem nachbarschaftlichen Miteinander verschiedener Bevölkerungsgruppen. Nirgendwo funktioniert das Zusammenleben von Menschen mit vollkommen unterschiedlichen sozialen Hintergründen so gut wie in Kleingartenkolonien. Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zum Erhalt aller noch bestehenden Kleingartenanlagen.

Deindustrialisierung stoppen - Wirtschaft stärken

Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in Düsseldorf. Ein gutes Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren.

Nach den mit der Pandemie begründeten Zwangsschließungen ist den Gastronomiebetrieben in jeder Hinsicht so weit wie möglich entgegenzukommen, um ihre Weiterexistenz zu ermöglichen und damit auch zahlreiche Arbeitsplätze zu sichern.

Die Wochenmärkte erfüllen durch ihre Angebotsvielfalt und regionale Verteilung eine wichtige Funktion als Nahversorger für alle Bürger. Sie sind dauerhaft zu erhalten und ihre Attraktivität ist zu steigern. Auch weitere mögliche Marktplätze sollte bei erkennbarem Bedarf schnell und unbürokratisch ausgewiesen werden.

Die Entwicklung von Düsseldorfer Industriereserven, wie dem Reisholzer Hafen, sollte absolute Priorität genießen, auch um Wirtschafts- und Güterverkehr von der Straße auf den Wasser- und Schienenweg zu verlagern. Letztlich wird so auch der Wirtschaftsstandort Düsseldorf gestärkt. Notwendige Arbeiten, die zur Errichtung eines Containerterminals benötigt werden, sollten wenn möglich beschleunigt werden.

Die Gängelung von Lieferverkehren in Gewerbe- und Industriearealen muss insgesamt auf ein Minimum reduziert werden, um negative Effekte, wie hohe Energiepreise, die unter Umständen auch zur Verlagerung ganzer Betriebe führen, möglichst zu vermeiden. Die Stahlröhrenproduktion von Vallourec ist mahnendes Beispiel.

Die AfD möchte junge Menschen für eine Ausbildung zum Handwerk begeistern. Um die Standortattraktivität für angehende Selbstständigen

ge und Firmengründer zu erhöhen, setzen wir uns in Absprache mit der lokalen Kreishandwerkerschaft für die Einrichtung von Gründerzentren für junge Handwerksunternehmen ein.

Ein attraktives Tourismusangebot ist für unsere Region wichtig. Durch Synergien mit anderen Wirtschaftszweigen entsteht eine nicht zu unterschätzende Wertschöpfung. Wir wollen die touristische Infrastruktur ausbauen. Dazu gehören auch Radwege und der ÖPNV sowie spezifische Tourismusangebote. Vorhandene Kulturgüter, markante Architektur, Landschaft und Natur, Attraktionen im Bereich der Freizeit, Sport, Bildung und Wissenschaft müssen in ein Tourismuskonzept einbezogen werden. Nicht zuletzt ein sauberes und ordentliches Stadtbild wird von Touristen sehr geschätzt.

Soziales, Arbeit und Familie

Die AfD bekennt sich zur traditionellen Familie und zum Zusammenhalt zwischen den Generationen als Leitbild. Infolge der zunehmenden Übernahme von Erziehungsaufgaben durch staatliche Institutionen droht die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit ins Hintertreffen zu geraten. Wir wollen Düsseldorf insgesamt familienfreundlicher gestalten.

Familien mit Kindern sind unsere Zukunft und brauchen gerade auf kommunaler Ebene eine starke Interessenvertretung. Gleichstellungsbeauftragte sollen daher durch Familienbeauftragte ersetzt werden, die kommunale Leistungen und Verwaltungsabläufe systematisch auf Familienfreundlichkeit untersuchen und anpassen.

Für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen möchten und können, müssen Kitaplätze mit geringen Betreuungszeiten von 15-20 Wochenstunden sowie Halbtagschulen und offene Ganztagschulen angeboten werden. Eine von der Kommune oder der Trägerschaft

aufgelegte Verpflichtung, Kinder nicht vor bestimmten Uhrzeiten aus einer Betreuungseinrichtung abholen zu können, lehnen wir ab. Moderne Arbeitszeitmodelle erfordern ebenfalls zunehmend flexible Abholzeiten.

Um berufstätigen Eltern die Doppelbelastung durch Beruf und Familie zu erleichtern, werden wir uns dafür einsetzen, dass freie Plätze in öffentlich geförderten Kitas wohnortnah und prioritär an berufstätige Eltern vergeben werden. Der (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben darf nicht monate- oder gar jahrelang behindert werden, weil keine Kitaplätze in zumutbarer Entfernung verfügbar sind oder diese an Kinder nicht berufstätiger Eltern vergeben wurden.

Gesundheit

Die AfD fordert eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung durch alle beteiligten Partner. Die Gesundheitsversorgung muss sich nach dem objektiven Bedarf und der Versorgungssicherheit für den Bürger und nicht nur nach Kosten-Nutzen-Aspekten orientieren. Geburtshilfe- und Kinderstationen müssen auch bei temporär geringer Auslastung vorgehalten werden. Eine durch die kürzlich eingeführte Krankenhausreform zu erwartendes Krankenhaussterben muss verhindert werden. Die AfD bekennt sich laut zu einem effektiven Lärmschutz. Laut der Daten des Umweltbundesamtes ist Düsseldorf so laut wie keine andere Großstadt. 34 Prozent der Einwohner in Düsseldorf sind tagsüber starkem Lärm ausgesetzt.

Umweltschutz und Energie

Die AfD ist eine wertkonservative politische Partei. Wir vereinigen die Interessen von Umweltschutz, Landwirtschaft, Tierschutz, Er-

nährung und Verbraucherschutz auf Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Erkenntnisse. Ideologien, gleich welcher Art, lehnen wir ab. Umwelt- und Energiepolitik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen gemeinsam und abgestimmt zur Versorgung der Bevölkerung und zum Erhalt der Natur beitragen. Düsseldorf hat eine leistungsstarke Kanalisation. Die AfD macht sich aber für häufigere Reinigungsintervalle der städtischen Kanalisation stark, um Überflutungen infolge verstopfter Gullys auf ein Minimum zu reduzieren.

Die AfD spricht sich gegen weitere Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften aus, wie z.B. städtischen Schulen, denn der Steuerzahler muss die hohen Kosten der Installation tragen. Die Anlagen erzeugen nicht grundlastfähigen Zufallsstrom, der mit Steuergeldern finanziert wird. Wegen der massiven Subventionierung (und gleichzeitigen Besteuerung!) sind die deutschen Stromkosten heute die höchsten in Europa. Zudem gibt es kaum positive Effekte auf die Umwelt, da jede Photovoltaikanlage durch konventionelle Kraftwerke abgesichert werden muss.

Windräder auf dem Stadtgebiet von Düsseldorf lehnen wir grundsätzlich ab. Diesbezüglichen Planspielen im Düsseldorfer Süden erteilt die AfD eine klare Absage.

Die Sanierung von öffentlichen Gebäuden mit dem Ziel der Energieeinsparung muss sich an wirtschaftlichen Überlegungen orientieren. Diese Baumaßnahmen sind dann sinnvoll, wenn sich die Investitionskosten unter realistischen Annahmen und ohne staatliche Subventionen zur Wirtschaftlichkeit innerhalb von 10 - 20 Jahren amortisieren.

Die Stadt Düsseldorf hat verschiedene invasive Tierarten, welche eine Gefahr für die Biodiversität darstellen und darüber hinaus mit der Düsseldorfer Umwelt und Anwohnern Düsseldorfs in Konflikt stehen. Ein gutes Beispiel für solche Konflikte stellt die Situation mit



Nutriapopulationen und Nilgänsen dar. Diese sind in der Vergangenheit damit aufgefallen, dass sie z.B. Badewiesen zukoten. Laut dem Naturschutzbund Deutschland wächst die Population der Gänse zunehmend. Mögliche Maßnahmen sind neben der Bejagung der Tiere beispielsweise die Aufstellung von Brutkästen (zur Entwendung von Eiern bei Nilgänsen), oder auch das Aussetzen natürlicher Feinde.

Bildung, Schulen und Kitas

Unsere frühkindliche Erziehung und unser Bildungssystem zielen darauf ab, junge Menschen schrittweise auf das selbstständige Leben vorzubereiten und ihnen die besten Chancen als handlungsfähige Persönlichkeiten zu bieten.

Unsere Schulen und Kitas dürfen nicht zu Orten der weltanschaulichen oder politischen Indoktrination werden. Die AfD setzt sich für Maßnahmen zur Einhaltung eines strikten Neutralitätsgebotes an Schulen ein.

Der Regelunterricht muss Priorität haben und darf nicht unter der Beschulung von Flüchtlings- und Zuwandererkindern leiden. Qualitativ hochwertiger Regelunterricht kann nur in Klassen stattfinden, in denen alle Schüler die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen und mit den hiesigen sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind. Aus diesem Grund ist es wichtig, in ausreichendem Maß spezielle Förderklassen für Zuwanderer zu bilden. Einzelne lernschwache Kinder dürfen nicht die Lernleistung der Mehrheit blockieren.

Nur ein gegliedertes Schulsystem kann auch Schülern mit Förderbedarf optimale Bildungschancen bieten. Der Fortbestand der Förderschulen muss daher strukturell gesichert werden. Auch Förderschulen sind in Düsseldorf hochgradig ausgelastet und stoßen angesichts stetig steigender Schülerzahlen an ihre Kapazitätsgrenzen. Deshalb

müssen finanzielle Mittel für den Erhalt aller Schultypen bereitgestellt werden. Eine einseitige Förderung der Gesamtschulen zulasten der Haupt- und Realschulen lehnen wir ab.

In vielen Familien sind beide Elternteile berufstätig, so dass nicht alle Kinder den Vorteil einer Betreuung in der Familie genießen. Kitas und offene Ganztagschulen mit einem guten Konzept und qualifiziertem Fachpersonal können eine sinnvolle Ergänzung zur familiären Betreuung darstellen. Ein solches Angebot darf jedoch nicht verpflichtend sein. Die AfD setzt sich weiterhin dafür ein, nicht nur sozial schwache Familien hinsichtlich einer Betreuung finanziell zu entlasten.

Digitale Lernangebote dürfen nicht zu einer Verdrängung und Abwertung bewährter Lehrmittel, wie Buch und Tafel, führen. Die klassische Handschrift sollte wieder verstärkt zur Anwendung kommen. Digitale und nicht-digitale Medien schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich und ersetzen keinesfalls die unmittelbare Leistung, die durch Erzieher und Lehrer vor Ort geleistet wird, die neben fachlicher Kompetenz auch wichtige emotionale Rückkopplung zu Kindern und Jugendlichen gewährleisten. Eine digitale Infrastruktur in der Schule ist eine wünschenswerte Unterstützung im Unterrichtsalltag, wird jedoch niemals einen Ersatz für den klassischen Präsenzunterricht darstellen können. Technische Errungenschaften können deshalb nicht über den maroden Zustand unserer Schulen hinwegtäuschen. Die AfD unterstützt eine digitale Aufrüstung von Schulen mit der marktüblichen digitalen Standardausstattung. Investitionen in das Mobiliar sowie die Sanierung der Klassenräume haben oberste Priorität.

Wir sprechen uns vehement gegen sogenannte Kuschelstunden „Original Play“ und Masturbationsräume in Kitas aus. Eine Sexualerziehung in der Kita mit Kleinkindern ist für diese eine Überforderung und somit Gefährdung. Frühkindliche Sexualaufklärung mit Transvestiten gehören nicht in unsere Kitas oder Grundschulen.



Schwimmunterricht muss fester Bestandteil des Grundschulportes sein. Die AfD fordert, dass alle Schüler bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen können.

An vielen Kitas und Schulen in Düsseldorf wird das Schulessen oder die Lieferung des Caterers inoffiziell oder offiziell durch religiös begründete Verbote allgemein eingeschränkt, z. B. durch den Ausschluss von Schweinefleisch. Die AfD betrachtet dies als Verstoß gegen das Neutralitätsgebot und fordert, dass sich deutsche Schulen in keiner Weise fremden Speisegesetzen oder ideologisch-motivierten Ernährungseinschränken unterwerfen. Die Wahlfreiheit muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Schweinefleisch ist unbedenklich und für den Verzehr durch Kinder und Jugendliche geeignet.

Zunehmend werden Fälle von Verstößen gegen das politische und weltanschauliche Neutralitätsgebot an Schulen bekannt: Politische Bildung wird einseitig mit dem Kampf gegen Andersdenkende gleichgesetzt. Konflikte, die im Zusammenhang mit kulturellen und religiösen Unterschieden in der Schülerschaft stehen, werden dagegen ausgeblendet. Die AfD fordert daher in den Schulen einen kommunalen Neutralitätsbeauftragten.

Sport

Sport fördert den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl. Sport ist auch ein wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen kommunalen Entwicklungspolitik und stärkt unsere Gesellschaft. Für die AfD ist die Förderung des Behinderten- und Gesundheitssports genauso wichtig wie der Spitzensport. Sowohl für den Schulsport, den Vereins-, Breiten- und Spitzensport sind die Erhaltung und der Ausbau unserer Sportinfrastruktur von herausragender Bedeutung. Entsprechend ist der jahrelange Verfall dieser Infrastruktur in den Kommunen und Vereinen aufzuhalten und der Sanierungsstau vor allem bei Schulsportstätten und Schwimmhallen zu beenden.

Die Mittel für die Sanierung von Schulsporthallen sollten dazu unbürokratisch abrufbar sein.

Die als ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter im Sport tätigen Bürger sind ein unschätzbare Wert für unsere Gesellschaft. Die AfD tritt daher für mehr Wertschätzung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit ein. Nur gut ausgebildete Trainer können eine nachhaltige und erfolgreiche Vereinsarbeit gewährleisten. Wir fordern, dass Ausbildungs- oder Trainerlizenzkosten für Personen, die ehrenamtlich ihre Freizeit in Sporteinrichtungen investieren, von öffentlichen Trägern oder Vereinen übernommen und Aufwandsentschädigungen in angemessener Höhe gezahlt werden.

Veranstaltungen von muslimischen Verbänden, wie dem KDDM oder auch Moscheevereinen, die einen religiösen Charakter aufweisen, gehören nicht auf öffentliche Straßen und Plätze und ganz sicher nicht auf Bezirkssportplätze, die in ihrer Satzung bereits weltanschauliche Neutralität verankert haben. Die AfD wird insofern bei künftigen Gesuchen auf die Einhaltung pochen und keine Überlassungen mehr zulassen.

Kultur – ohne Gender-Gaga

Das regionale Brauchtum hat – oft über Jahrhunderte – unsere Stadt und die Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben. Einer Umbenennung des Sankt-Martins-Umzugs in „Lichterfest“ treten wir entschieden entgegen! Ein Verbot des Aufstellens eines Weihnachtsbaumes sowie ein damit einhergehendes Verbot des Singens von Weihnachtsliedern in Kitas ist inakzeptabel. Wir sind ein christlich geprägtes Land.



Die Heimatkultur stellt einen wichtigen Bezugspunkt für die Identifikation mit unseren Städten und Regionen dar. Diese Werte will die AfD bewahren, pflegen und fördern. Düsseldorf muss seine vielfältige rheinische Kultur behalten. Öffentliche Büchereien sollen den Spaß am Lesen wecken und fördern, indem sie Freizeitgestaltung und Fortbildung für jeden Bürger bieten. Um als Stätte von Bildung wirken zu können, müssen sie sich mit einem zeitgemäßen Angebot präsentieren und ihre Räume für vielfältige kulturelle Zwecke öffnen. Dazu gehören aber keine Drag-Queen Auftritte, die allein der ideologisch motivierten Inszenierung und versuchten Sexualisierung Minderjähriger dienen. Ein gut gestalteter Online-Katalog, der Online-Versand von Büchern und die Kooperation mit Schulen erschließen ein Bildungspotenzial, das sich ökonomisch wie sozial auszahlt.

Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten in den Musikschulen. Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an den Musikschulen ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zu den Musikschulen offensteht.

Destruktiven Kunstformen und reiner Symbolpolitik, die sich unter anderem mit Straßenumbenennungen beschäftigt, stehen wir irritiert gegenüber und lehnen diesen ideologischen Kulturkampf grundsätzlich ab. Dem linksextremen Kulturzentrum ZAKK werden wir sämtliche städtischen Fördergelder streichen, wenn es weiterhin missbräuchlich für politischen Aktivismus verwendet wird.

Die Anwendung der Gendersprache in allen öffentlichen Kommunikationen und Schriften werden wir sofort untersagen.

Der Meilenstein ZGC: Weiterentwicklung der „Bergischen Kaserne“

Die Bergische Kaserne am östlichen Stadtrand zwischen den Düsseldorfer Stadtteilen Knittkuhl und Hubbelrath steht seit dem Auszug des Ausbildungsmusikkorps der Bundeswehr nach Hilden im Jahr 2018 leer. Die in den späten 1930er Jahren errichtete Bergische Kaserne verfügt über 22 ha und u.a. 19 denkmalgeschützte Gebäude, von denen sich die meisten im südlichen Bereich entlang der Bergischen Landstraße befinden.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) planen gemeinsam die Entwicklung des Kasernengeländes zu einem neuen Quartier im Fokus der verstärkten Wohnungsbauinitiative. Der Landeshauptstadt Düsseldorf soll im Rahmen der Erstzugriffsoption ein Kauf ermöglicht werden. Dies sollte seitens der Stadt unbedingt genutzt werden.

Anders als die Stadt Düsseldorf derzeit unter schwarz-grüner Ratsführung beabsichtigt, möchte die AfD dort ein innovatives, integratives Nutzungskonzept mit Pilotcharakter realisieren. Ein Umbau zu einem Wohnquartier ist dort schon aus verkehrlicher Perspektive nicht zu empfehlen.

Vielmehr soll der bestehende Bestand an Gebäuden nach Erwerb durch die Landeshauptstadt Düsseldorf umgehend in ein zu gründendes gemeinnütziges Zentrum für Gesundheit und Chance (ZGC) umgewandelt werden. Im ZGC werden eine Vielzahl von Arbeitsplätzen geschaffen, da dort u.a. die Unterbringung von obdachlosen Schwersuchtkranken vorgesehen ist.



Nach einer Phase der Entgiftung und körperlichen Genesung ist ein kompaktes Ausbildungsprogramm zwecks gesellschaftlicher Reintegration vorgesehen. Dieses praxisorientierte Ausbildungszentrum wird bspw. Reinigungsarbeiten in und um die Landeshauptstadt realisieren. Besonders engagierten Teilnehmern wird dann im Anschluss eine kompakte handwerkliche Ausbildung angeboten. Ein Teil des Areals sollte auch zu Heranziehung von arbeitsfähigen Asylsuchenden dienen, die im laufenden Verfahren zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden und ebenfalls dort untergebracht sowie nach einer Phase der Bewährung in den Genuss der Ausbildungsdienstleistung kommen.

Die AfD sieht in der Schaffung des Düsseldorfer ZGC einen Schritt, um der grassierenden Obdachlosigkeit im Bereich der Innenstadt zu begegnen und zudem einen Beitrag zur Integration bzw. Reintegration zu leisten. In Düsseldorf aufgegriffene obdachlose und/oder schwer suchtkranke Personen werden nach Möglichkeit in der ZGC untergebracht und betreut. Die Zeit des liberalen Laissez-faire endet mit dem ZGC und bietet allen schwer suchtkranken Obdachlosen eine wegweisende Perspektive für ein selbstbestimmtes, gesundes und wertschöpfendes Leben.





Politik für die

Düsseldorfer Stadtteile

Im Zuge der kommunalen Neugliederung wurde auch die kommunale Selbstverwaltung in NRW gestärkt. Um die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der Bürger auf lokaler Ebene zu erhöhen, existieren in Düsseldorf 10 Bezirksvertretungen.

Unsere Ideen für die Stadtteile unserer Stadt:

Stadtbezirk 1:

Stadtmitte, Altstadt, Carlstadt, Pempelfort, Derendorf, Golzheim

Im Stadtbezirk 1 schlägt das Herz der Landeshauptstadt. Mit unseren Vorschlägen zur Oper, zur Kö, zum Heinrich-Heine-Platz und zur Schadowstraße machen wir konkrete Vorschläge, wie wir den Stadtbezirk 1 weiterentwickeln möchten.

Eine neue Oper soll her und eine Liegenschaft am Wehrhahn wurde erworben. Die AfD aber will die „alte“ Oper erhalten, sie Instandsetzen und erst dann eine Oper planen, wenn die finanzielle Lage der Stadt dies auch hergibt. Elementare Daseinsvorsorge ist wichtiger, damit sich der wirtschaftliche Niedergang in den Innenstadtlagen nicht noch ausweitet.

Im Innenstadtbereich und am Bahnhof muss Bettelerei und öffentliches Campieren oder Nächtigen verboten werden. Rund um den Heinrich-Heine-Platz ist eine neue Obdachlosenszene entstanden. Die AfD wird einer Duldung von Obdachlosencamps inmitten unseres städtischen Zentrums entgegenzutreten. Auch Zeltlager im Rheinpark dürfen nicht geduldet werden.

Der Worringer Platz ist seit Jahrzehnten ein Hotspot der offenen Drogenszene in Düsseldorf. Neben der steigenden Gewaltbereitschaft stellt die Vermüllung bzw. die allgemeinen hygienischen Zustände auf dem Worringer Platz für die Anwohner und Passanten ein

Problem dar. Fäkalien, Erbrochenes, Müll sowie die damit verbundenen Gerüche sind auf dem Worringer Platz normaler Alltag. Die Zustände sind zudem für ansässige Ladenbesitzer und Gastronomen eine große Belastung. Die AfD beabsichtigt, diese Drogenszene zu zerschlagen. Hierzu bedarf es natürlich einer engen Zusammenarbeit aller Behörden und den Anwohnern.

Die Altstadt ist weltberühmt für „die längste Theke der Welt“ und soll auch in Zukunft ein Garant für lustiges Nachtleben sein. Aber die Altstadt ist auch Wohnort für viele Düsseldorfer, deshalb ist es wichtig, im Blick zu behalten, dass die Altstadt sicher bleibt und nicht erneut von Gewaltkriminalität dominiert wird. Auch über Videoüberwachung müssen wir dort sprechen.

Wir sprechen uns für eine kommerzielle Nutzung des Frankenplatz in Derendorf aus, weil dieser Platz sowohl als Spielplatz für Kinder und als Naherholungsgebiet für seine Anwohner wichtig ist und auch ein zusätzliches „Marktangebot“ verträgt. Diese Ausweitung der Nutzung des Platzes ist auch vor dem Hintergrund der Eröffnung der ZUE Schwannstraße von Relevanz, die ohnehin eine stärkere Bestreifung des Frankenplatzes durch Ordnungskräfte erforderlich machen wird.

Wir wollen den Rheinpark als eine potenzielle Sportstätte stärken. Viele Menschen verbringen im Rheinpark ihre Freizeit und nutzen den Park zum Spaziergehen oder zum Sporttreiben – sei es zum Jogging, Walking, Radfahren oder für diverse Ballspiele auf dem Rasen. Wir wollen mehr sportliche Tätigkeiten im Interesse der Volksgesundheit möglich machen.

Die Shadowstraße als Fußgänger und Einkaufszone muss wieder vom gefährdenden Radweg befreit werden, der viel Gefahr für Passanten, spielende Kinder und die Radfahrer birgt. Dieser Radweg muss dringend aufgehoben werden. Ein Radfahrverbot, wie in jeder Fußgängerzone, dringend dort umgesetzt und nachgehalten werden.



Eine „autofreie“ Königsallee lehnen wir ab. Wir begrüßen den Vorstoß der Interessengemeinschaft Kö, den Fahrradweg auf die östliche Seite der Königsallee (auf die „Geschäftsseite“) zu legen, also dorthin, wo heute einige Parkplätze entlang der Straße angelegt sind. Menschen zu Fuß und Fahrradfahrende kommen sich dann auf dem Weg direkt am Kö-Graben nicht mehr in die Quere.

Stadtbezirk 2: **Flingern und Düsseldorf**

Wir wollen den Verkehrsfluss und die -führung in dem Stadtbezirk verbessern. Maßnahmen hierfür sind: Im Märchenviertel soll die Verkehrsführung verbessert und geordnet werden. Die Flurstraße soll als Zentrum von Flingern-Ost verstanden und als Straße baulich neu geplant werden. Der Verkehrsknotenpunkt Lindemannstraße/ Grafenberger Allee soll optimiert werden.

Wir setzen uns für den Erhalt der Linie 708 mit einer erhöhten, täglichen Taktung von 10 Minuten ein. Des Weiteren sprechen wir uns dafür aus, die Buslinie 725 bis in die Innenstadt zu verlängern. Wir wollen ein Neubaugebiet an der Sohnstraße ermöglichen, mit Möglichkeiten zum Einkaufen und einer verkehrsberuhigten Planung.

Wir werden prüfen, wie das Brehmstadion in Absprache mit dem Betreiber leichter auch für Events und Vereine geöffnet werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass der Schützenplatz am Hellweg erhalten und verbessert wird. Wir wollen einen Weihnachtsmarkt in Düsseldorf genehmigen.

Die Parkanlagen in Flingern sollen besser gepflegt und attraktiver gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Gänseproblem auch im Zoopark angegangen wird und der Park wieder für Kinder und die Besucher des Parks allgemein nutzbar wird. Die Rattenplage in der Grünanlage Buscher Mühle muss ebenfalls beseitigt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Veranstaltungsflächen am Flinger Broich noch mehr für Veranstaltungen genutzt werden können und diese besser beworben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass am Schillerplatz eine Quartierstiefgarage realisiert wird. Diese soll an der Oberfläche eine ausreichende Grünfläche haben. Eine Quartiersgarage kann auch am Parkplatz Brehmstadion genehmigt werden. Für das ehemalige Postgelände an der Rethelstraße/Ecke S-Bahngleise wollen wir eine höhere Bebauung ermöglichen.

Stadtbezirk 3:

Oberbilk, Unterbilk, Bilk, Friedrichstadt, Hafen, Hamm, Flehe, Volmerswerth

Die Identifizierung von bebaubaren Flächen im Bezirk 3 sollte weiter forciert werden und diese sollten schnellstmöglich freigegeben werden. Wir setzen uns dafür ein, ungenutzte Dachböden zu Wohnraum auszubauen. Innovative Konzepte wie die Aufstockung bestehender Gebäude oder die Überbauung von Schienen wollen wir ermöglichen. Beim stetigen Vorantreiben des Ausbaus von Wohnflächen wollen wir aber darauf achten, dass dieser nicht zulasten von Naherholungsgebieten wie Parks, Grünanlagen, Schrebergärten etc. in den einzelnen Stadtbezirken geht.

Der Stadtbezirk 3 ist ein sehr dynamischer Stadtteil, in dem nicht nur der Campus der Heinrich-Heine-Universität ansässig ist, sondern auch viele junge Menschen einer beruflichen Ausbildung nachgehen. Nach dem Vorbild der Azubi-Wohnungen in Düsseldorf/Grafenberg möchten wir ermitteln, inwiefern sich günstiger Wohnraum für Auszubildende und Studierende, z.B. in ehemaligen ungenutzten Bürogebäuden, realisieren lässt. Angsträume wollen wir reduzieren, hier fordern wir schwerpunktorientierte Maßnahmen. Insbesondere in Oberbilk werden wir neue Konzepte zur Verringerung des Mülls auf öffentlichen Flächen suchen und erproben. Die Stadt muss mehr für die Planungssicherheit für die Gewerbetreibenden und Neuinvesto-

ren tun, z.B. durch konkrete Festsetzung von Terminen und Maßnahmenbeschreibungen.

Die Anbindung an den ÖPNV für Hamm und Flehe soll verbessert werden. Wir möchten die Stadt überprüfen lassen, ob stadteigene Grundstücke zur Verbesserung der Nahversorgung in Hamm/Hafen freigegeben werden können, z.B. die Plockstraße. Wir sprechen uns für einen Lückenschluss im ÖPNV zwischen Oberbilk und Medienhafen über Bilk aus.

Stadtbezirk 4:

Oberkassel, Heerdt, Lörick, Niederkassel

Die Radspur auf der Luegallee muss zurückgenommen werden. Das sogenannte „Verkehrsexperiment“ führt zur Verlangsamung des gesamten Verkehrs und die Nutzung durch Radfahrer fällt insbesondere in den Wintermonaten bescheiden aus. Diese Maßnahme wird eine Stärkung des Gewerbes und der Außengastronomie bewirken, die dann insgesamt zu einer Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in Oberkassel führen wird. Die AfD im Stadtbezirk 4 will eine Änderung der Verkehrsführung am Belsenplatz mit bevorzugter Verlegung des Hochbahnsteiges Belsenplatz in der Hansaallee statt in der Luegallee mit Verlegung des Endes der Linie U75 in die Hansaallee – d.h. nur zwei Haltestellen auf der Luegallee statt Zubetonierung mit drei Hochbahnsteigen. So wollen wir den Alleecharakter erhalten. Wir sprechen uns für den Ausbau des Simon-Gatzweiler-Platzes zum P+R-Parkplatz aus. Derzeit erfolgen massive Baumaßnahmen in Heerdt, bisher jedoch ohne Schaffung adäquaten Parkraums und daraus resultierender Konkurrenz zum Berufsverkehr.

Im Stadtbezirk müssen weitere neue Sportflächen geschaffen oder ausgewiesen werden. Die Rheinauen sollten in einem verträglichen Umfang auch für den Sport zu nutzen sein. Die vorhandenen Sport- und Spielplatzflächen wollen wir auch für behinderte Menschen

nachrüsten. Sportvereine werden wir darin unterstützen, stärker zu kooperieren, zum Beispiel im Bereich des Sportparks Lörick. Die Umkleidekabinen des SC West wollen wir dringend sanieren. Dabei überlegen wir auch, in einem Neubau zusätzlich Physiotherapieräume anzubieten, um durch Mischnutzung die Kosten zu reduzieren. Der DHC ist nicht mehr in der Lage, weitere Kinder und Jugendliche aufzunehmen. Da er letztendlich nur eine Trainingshalle für den Bereich Hockey hat, sollte ein Neubau einer Zweifach-Hockey-Halle erfolgen. Den Charakter des Paradieshafens als Naherholungsgebiet wollen wir erhalten. Vereine werden wir darin unterstützen, den Bereich Seniorensport zu fördern.

Stadtbezirk 5:

Stockum, Lohausen, Kaiserswerth, Wittlaer, Kalkum, Angermund

Typisch für den Stadtbezirk 5 sind neben der geringen Verdichtung, dem teils dörflichen Charakter seiner Stadtteile, die landwirtschaftlich genutzte Flächen und die Nähe zum Rhein mit den Naherholungsbereichen für die Bürger unserer Stadt. Das gilt es zu erhalten. Weiter stellt der Norden einen wichtigen Standort für Verkehr, Wirtschaft und Sport dar. Mit Kaiserswerth und dessen mittelalterlichem Ortskern hat der Norden zudem eine touristische Sehenswürdigkeit. Wir als AfD stehen zum Wirtschaftsstandort Düsseldorf. Dazu gehört insbesondere auch die Nutzung und Fortentwicklung des Stadtflughafens. Die bekannten Einschränkungen aufgrund naher Wohnbebauung und zu beachtendem Lärmschutz lassen sich mit flexiblen Regelungen zum Nachtflugverbot und dem technischen Fortschritt (Digitalisierung, effiziente Nutzung der Slots und beider Start- und Landebahnen, sowie leiserer Triebwerke) soweit handhaben, dass eine maximale Auslastung des Flugverkehrs möglich sein wird. Davon sind wir überzeugt. Die AfD wird Möglichkeiten für eine erweiterte Rückführungseinrichtung am Düsseldorfer Flughafen in Trägerschaft der kommunalen Ausländerbehörde prüfen, um auch als Kommune handlungsfähiger zu werden.

Stadtbezirk 6:

Lichtenbroich, Unterrath, Rath, Mörsenbroich

Die Schließung des Vallourec Röhrenwerks in Rath steht sinnbildlich für die Deindustrialisierung der Düsseldorfer Industrieareale, die unter die Räder einer fahrlässigen Politik geraten sind. Eine solide Standortpolitik sieht anders aus und so wirkt dieser industrielle Niedergang auch auf das Rather Stadtbild, das von Spieltheken, Dönerbuden, Friseuren und Second-Hand Läden geprägt wird. Die Neuordnung des Geländes an der Oberhausener Straße ist zu begrüßen. Rath und Unterrath benötigen dringend wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen um die gute Verkehrsanbindung und die vorhandenen Areale für relevante Unternehmensansiedlungen nutzbar zu machen.

Stadtbezirk 7:

Gerresheim, Grafenberg, Ludenberg, Hubbelrath, Knittkuhl

Schluss mit dem Spekulationsobjekt „Glashütte“ in Gerresheim. Die AfD setzt sich für eine schnelle Nutzung dieser Fläche als Wohngebiet mit entsprechender Infrastruktur ein. Der Bau eines Tunnels am S Gerresheim ist überfällig und muss nun zügig umgesetzt werden.

Unser Projekt ZGC in der Bergischen Kaserne (siehe separates Kapitel) wird eine Vielzahl an Arbeitsplätzen schaffen und gleichzeitig ein Leuchtturmprojekt werden, das zu einer deutlichen Reduzierung der Obdachlosigkeit im öffentlichen Düsseldorfer Raum führen wird.

Stadtbezirk 8:

Eller, Lierenfeld, Vennhausen, Unterbach

Der steigende Verkehr und der Missbrauch als Rennstrecke auf der Rothenbergstraße führt zu entsprechend steigender Lärmbelästi-

gung für die Bürger in Unterbach. Die AfD setzt sich für Lärmschutzmaßnahmen entlang der Rothenbergstraße ein. Das Angebot zur Versorgung von Unterbach mit den Dingen des täglichen Bedarfs konzentriert sich auf den Erkrather Stadtteil Unterfeldhaus. Dies ist insbesondere nach Fertigstellung des Neubaugebietes „Hochfeld“ zu wenig. Hier setzt sich die AfD für eine Ansiedelung von weiteren Versorgern ein.

Der Unterbacher See und der Eller Forst haben nach wie vor einen hohen Stellenwert als Naherholungsgebiet und „grüne Lunge“ für Düsseldorf. Die Erhaltung und Pflege dieses Gebietes wird von der AfD uneingeschränkt unterstützt.

Stadtbezirk 9:

Wersten, Holthausen, Reisholz, Benrath, Urdenbach, Hassels, Itter, Himmelgeist

Der ausgedehnte Bezirk ist über weite Strecken durchzogen von Wohnquartieren und Industriearealen. Um die südlichen Stadtteile an die Düsseldorfer Innenstadt anzubinden, ist ein zügiges und flüssiges Verkehrskonzept unerlässlich. Die Tempobeschränkung auf wichtigen Verbindungsstraßen, wie der Münchener Straße, ist da der falsche Weg und wird von der AfD zurückgenommen werden – insbesondere wenn der RRX-Bau rund um Benrath über Jahre einen Schienenersatzverkehr benötigt, ist zügiges Vorankommen auf unseren zentralen Verkehrsadern unerlässlich.

Neue Park & Ride-Lösungen im Stadtbezirk machen nur dann Sinn, wenn diese nicht als Dauerparkplätze für Camper oder von Mietwagenfirmen genutzt werden.

Die AfD tritt für den Erhalt der Siedlungsstrukturen in den dörflichen Ursprungsstrukturen ein. Reine Fahrradstraßen im Benrather Musikantenviertel lehnt die AfD ab, da keine Bedarfsanalyse der ideolo-

gisch motivierten Radleitroute vorangegangen ist und die Mobilitätsbedürfnisse der Anwohner in keiner Weise gewürdigt wurden.

Den Ausbau des Reisholzer Hafens wollen wir im Sinne einer aktiven Standortpolitik forcieren, um Industriearbeitsplätze zu schaffen und so einer Deindustrialisierung entgegenwirken. Denn subventionierte Künstlerateliers allein bringen keinen wirtschaftlichen Mehrwert.

Die Deichsanierung im Rheinbogen Himmelgeist/Itter hat absoluten Vorrang.

Die Weiterentwicklung eines effektiven Lärmschutzes an der A46 (Wersten), an der A59 (Hassels, Benrath, Wersten, Garath/Hellerhof) und entlang der RRX-Strecke sowie eine gute Gestaltung des Benrather Bahnhofsvorplatzes sind für die AfD erstrebenswert.

Wersten ist zweigeteilt und als großer Stadtteil im Düsseldorfer Süden ohne ein erlebbares verbindendes Stadtteilzentrum. Die AfD Düsseldorf setzt sich für die Umgestaltung des Areals zwischen Kölner Landstraße, Werstener Feld und Burscheider Straße ein. Ähnlich des Derendorfer Münsterplatzes soll im Rahmen einer Umgestaltung und unter Beibehaltung des Spielplatzes ein Fest-, Markt- und Begegnungsplatz entstehen. Im Rahmen der Umgestaltung insbesondere der südlichen Fläche des Platzes wollen wir auch den Bau einer unterirdischen Quartiersgarage prüfen.

Die AfD wirkt sich dafür einsetzen, dass das Land NRW die zentrale Unterbringung von Asylanten im Mercure-Hotel Hassels-Nord im direkten Umfeld eines sozial ohnehin beeinträchtigten Wohnumfelds wieder schließt.

Die Stadtteilzentren, z.B. entlang der Kölner Landstraße und in der Benrather Fußgängerzone, werden wir als AfD gemeinsam mit den Händlerinitiativen und -gemeinschaften erhalten und stärken.

Stadtbezirk 10:

Garath, Hellerhof

Wir wollen eine qualitative Verbesserung der Wohnsituation, etwa durch eine Modernisierung der Gebäudesubstanz, einer behutsamen Nachverdichtung durch Entwicklung der für Einfamilienhäuser vorgesehenen Flächen am Garather Schloss sowie eine maßvolle Aufstockung von Bestandsgebäuden um ein Geschoss erreichen. Die vorhandenen Grünflächen sollen erhalten bleiben. Die kostenlosen P+R-Plätze in Garath und Hellerhof wollen wir erhalten und erweitern. Konkret wollen wir den Neubau von mindestens 400 Parkplätzen.

Die Freizeitangebote für Jugendliche sollten überprüft und ggf. erhöht werden.

Mit Augenmaß und Verstand zu Freiheit, Sicherheit und Wohlstand

Programm zur Oberbürgermeister- und Kommunalwahl 2025

Impressum

Herausgeber: AfD Kreisverband Düsseldorf
c/o AfD NRW
Gladbecker Straße 5
40472 Düsseldorf

Vertreten durch Elmar Salinger

E-Mail: kontakt@afd-kreis-duesseldorf.de
Telefon: +49 211-16344876
Website: www.afd-kreis-duesseldorf.de

Bildnachweise:
Umschlag: iStock
Seite 2: Adobe Stock/ AnastasiaKharichkina
Seite 30: Skyline Adobe Stock/ 007
Seite 32: Adobe Stock/ Robert Poorten

**Am
14.09.2025
AfD
wählen!**



AfD
Kreisverband
Düsseldorf

Herausgeber:

AfD Kreisverband Düsseldorf | Gladbecker Straße 5 | 40472 Düsseldorf